

Sitzungsperiode 2020-2021  
Sitzung des Ausschusses IV vom 13. Januar 2021

---

### FRAGESTUNDE\*

• **Frage Nr. 476 von Herrn FRECHES (PFF) an Minister ANTONIADIS zur Zusammenlegung der Eifeler ÖSHZ**

Am 23. Dezember erhielt folgender GrenzEcho-Artikel unsere volle Aufmerksamkeit: „Sollten Eifeler ÖSHZ fusionieren?“. Hintergrund der aufgeworfenen Frage war ein entsprechender Vorschlag der Opposition im Ameler Gemeinderat.

Für den ÖSHZ-Präsidenten der Gemeinde Amel, Herr Gerd Neuens, war die Frage in der letzten Sitzung des Gemeinderates völlig fehl am Platze, „da die ÖSHZ einer föderalen Gesetzgebung unterliegen.“

Als das Thema im Sankt Vith Stadtrat am 23/12/2020 nach der Haushaltsvorstellung des ÖSHZ auf den Tisch kam, wurde dies vom ÖSHZ Präsidenten ebenfalls mit einem NEIN quittiert.

Meine Fragen nun an Sie, werter Herr Ministerpräsident:

- *Wie bewerten Sie die eine mögliche Zusammenlegung der Eifeler ÖSHZ?*
- *Gibt es diesbezügliche Analysen, die den Mehrwert einer Fusionierung belegen?*
- *Wurde die Thematik in einem ihrer zahlreichen Gespräche mit dem Föderalstaat bereits angesprochen?*

• **Frage Nr. 477 von Frau STIEL (VIVANT) an Minister ANTONIADIS zur Aufklärung der Bewohner der Pflegeheime über eventuelle Risiken und Neben- und Wechselwirkungen der COVID-Impfung**

In Kürze startet die Impfkampagne in den Wohn- und Pflegezentren der DG.

Im benachbarten Deutschland haben die Impfungen bereits begonnen. Auch dort gehören die Senioren in den Pflegeheimen zu den ersten Menschen, die geimpft werden.

Das ZDF berichtete am 23. Dezember 2020, dass der Patientenschutz in Deutschland vor überhasteten Corona-Impfungen in den Pflegeeinrichtungen warne. Die Patientenschützer kritisieren in erster Linie, dass im Vorfeld der Impfkampagne nicht ausreichend geprüft worden sein, inwiefern es Konflikte mit der bereits bestehenden Medikation und der medizinischen Vorgeschichte der Patienten geben könnte. Anstelle von pauschalen Einwilligungserklärungen sei es unerlässlich, dass die Mediziner den Immunstatus, Allergien und die Vorgeschichte des Patienten in Augenschein nehmen.

---

\* Die nachfolgend veröffentlichten Fragen entsprechen der von den Fragestellern hinterlegten Originalfassung.

Hinzu kommt, dass die Gesetzeslage in Deutschland die Impfung eines an Demenz erkrankten Patienten ausschließlich mit der Zustimmung des Bevollmächtigten oder eines Betreuers erlaubt. Letztere müssten vor der Einwilligung ausführlich von einem Arzt informiert und beraten werden. Alles andere käme rechtlich gesehen einer schweren Körperverletzung gleich.

Aus diesen Sachverhalten ergeben sich für uns folgende Fragen an Sie:

- *Inwiefern wird in der DG die Vorgeschichte, der Immunstatus des Patienten sowie dessen Medikation im Hinblick auf potentielle Risiken und Nebenwirkungen von einem Arzt geprüft, und im Vorfeld über potentielle Gefahren aufgeklärt?*
- *Wie sieht die Handhabung bei Patienten, die an Demenz oder an Alzheimer erkrankt sind aus?*
- *Welche Vorgehensweise ist für das Pflegepersonal vorgesehen?*

• **Frage Nr. 478 von Frau HUPPERTZ (CSP) an Minister ANTONIADIS zur Corona-Impfkampagne in Ostbelgien**

Mehrere Fachleute kritisieren die schleppende Durchführung der Impfkampagne in Belgien. Dem in Belgien führenden Virologen Prof. Dr. Marc Van Ranst zufolge hätte die Impfkampagne in Belgien deutlich schneller anlaufen müssen. In Israel seien rund 15% der Bevölkerung in den Seniorenheimen bereits Ende Dezember geimpft worden. Dort gäbe es 1.500 Altenheime, die oft weitaus schwieriger zu erreichen seien als hierzulande.

Die DG habe sich dem Auftakt der Impfkampagne Ende Dezember deshalb nicht angeschlossen, weil „wir daraus kein Medienereignis machen wollten“, so Minister Antoniadis. Ihm zufolge habe man sich in der DG mehr Zeit lassen und erst am 5. Januar starten wollen.<sup>1</sup>

Hierzu meine Fragen:

- *Ist es nicht eher so, dass die DG organisatorisch nicht rechtzeitig aufgestellt war, um mit der Impfkampagne zu starten?*
- *Ist es nicht fahrlässig, die allgemein als lebenswichtig eingestufte Impfkampagne hinauszuzögern?*
- *Ab wann waren in der DG die Impfdosen verfügbar?*

• **Frage Nr. 479 von Herrn VELZ (ProDG) an Minister ANTONIADIS zur Impfbereitschaft in den WPZS und der gesamten Bevölkerung der Deutschsprachigen Gemeinschaft**

Vergangene Woche, am Dienstag den 5. Januar, wurde in Belgien mit den Impfungen gegen das Corona-Virus begonnen. In einer ersten Phase sollen die Bewohner sowie das Personal der Wohn- und Pflegezentren geimpft werden, sofern sie dies wünschen.<sup>2</sup> Diese Prioritätensetzung ist angesichts der hohen Todeszahlen in den WPZS zu begrüßen.

Laut einem Artikel von Le Soir vom 4. Januar<sup>3</sup>, waren in der Wallonie ganze 82% der Bewohner von Wohn- und Pflegeheimen bereit, sich impfen zu lassen. Laut "Le Soir" war man davon ausgegangen viel mehr Überzeugungsarbeit leisten zu müssen. Die hohe Impfbereitschaft in der Wallonie zu Beginn der Kampagne ist also eine positive Überraschung, und sie lässt auch für uns hoffen.

---

<sup>1</sup> Grenzecho, 6.1.2021

<sup>2</sup> <https://www.info-coronavirus.be/fr/news/vaccin-strategie-0312/>

<sup>3</sup> <https://www.lesoir.be/346789/article/2021-01-04/debut-de-la-campagne-de-vaccination-en-belgique-un-taux-de-participation>

In einem Artikel aus dem Grenzecho vom 6. Januar<sup>4</sup>, berichtet der Leiter des Josephsheims in Eupen, Michael Murges, dass fast alle Bewohner und die Hälfte des Personals bereit wären, sich impfen zu lassen.

Man geht davon aus, dass 70% der Bevölkerung geimpft sein müssen, um die Pandemie erfolgreich zu besiegen.

Daher lauten meine Fragen an Sie, Herr Minister:

- *Weiß man, wie hoch die Impfbereitschaft in den Wohn- und Pflegezentren in der Deutschsprachigen Gemeinschaft ist ?*
- *Gibt es Zahlen über die Impfbereitschaft der übrigen Bevölkerung der Deutschsprachigen Gemeinschaft?*

• **Frage Nr. 480 von Frau VOSS-WERDING (ECOLO) an Minister ANTONIADIS zum Corona-Impfplan in der DG**

Das Impfen hat diesen Monat in der Deutschsprachigen Gemeinschaft begonnen.

Hierzu möchte ich Ihnen folgende Fragen stellen:

- *In welcher Reihenfolge werden in der DG in welchem Zeitraum welche Zielgruppen geimpft?*
- *Wie sieht es eigentlich für die selbstständigen Krankenpfleger aus; sind sie als solche in der Impfreihefolge vorgesehen oder kommen sie erst als Bürger an die Reihe?*
- *Was wohl viele Menschen in der DG interessiert: Wann ist jeder einzelne Bürger an der Reihe?*

• **Frage Nr. 481 von Frau STIEL (VIVANT) an Minister ANTONIADIS zur Kompatibilität der verschiedenen Anti-Covid19-Impfstoffe**

Die belgische Staatssekretärin für Budget und Verbraucherschutz im Justizministerium, Eva de Bleeker, hat auf Twitter die Preise von sechs unterschiedlichen Impfstoffen gegen das Coronavirus veröffentlicht.

Aus diesem Beitrag ging hervor, dass in diesem Jahr Haushaltsmittel in Höhe von 297 Millionen Euro sowie im nächsten Jahr 500 Millionen Euro für Impfstoffe eingeplant seien. Die Summe verteilt sich auf sechs Impfstoffe der Hersteller Pfizer/ BioNTech, AstraZeneca, Sanofi/ GSK, Johnson&Johnson, Moderna und CureVac. Drei der Impfstoffe befinden sich noch in der Entwicklung.

Die Tatsache, dass die EU die Impfstoffe finanziert, die einzelnen Staaten die Impfstoffe kaufen bevor sie zugelassen werden und die Pharmaindustrie durch Klauseln die Verantwortung bei Nebenwirkungen auf die Staaten abwälzt, ist schon ein Skandal an sich, denn im Grunde zahlt die Allgemeinheit dreimal für die Impfstoffe.

Anmerken möchte ich noch, dass zahlreiche Mediziner und Wissenschaftler der Impfung kritisch gegenüber stehen, da es keinerlei Langzeitstudien gibt. Diese Meinung teilen wir von der Vivant-Fraktion

Nun setzen Pfizer/ BioNTech und Moderna mit der mRNA-Methode auf ein neuartiges Verfahren, wohingegen AstraZeneca seinen Impfstoff nach dem klassischen Verfahren entwickelt. Ebenso der russische Impfstoff Sputnik V, ein Vektorimpfstoff, der auf modifizierten Adenoviren basiert und dem Körper eine Infektion mit Sars-CoV-2 vorgaukelt. Laut dw.com vom 30.12.2020 beruht der von AstraZeneca eingesetzte Wirkstoff AZD1222 auf der abgeschwächten Version eines Erkältungsvirus von Schimpansen. Es enthält genetisches Material eines Oberflächenproteins, mit dem der

---

<sup>4</sup> Auftakt der Impfkampagne: „Ein logistisches Mammutprojekt“. Grenzecho 06. Januar 2020, S.5

Erreger SARS-CoV-2 an menschliche Zellen andockt. Dieser Impfstoff kostet 1,78 EUR und ist somit sechsmal günstiger als der Impfstoff von Pfizer/ BioNTech und sogar neunmal günstiger als der von Moderna.

Der Impfstoff von AstraZeneca wird in den nächsten Monaten für den europäischen Markt freigegeben.

Hierzu lauten meine Fragen :

- *Ist es möglich, bei Auffrischung einer Impfung im darauffolgendem Jahr von einem mRNA-Impfstoff auf einen Vektorimpfstoff auszuweichen?*
- *Ist Ihnen durch die interministeriellen Konferenzen bekannt, aus welchem Grund Belgien den russischen Impfstoff Sputnik V (bald in Kombination mit AstraZeneca), der zuerst entwickelt wurde und auch schon in Russland eingesetzt wird, nicht gekauft hat und warum man sich stattdessen für ungetestete und noch in der Entwicklung befindliche Impfstoffe wie die von SANOFI/ GSK, CureVac und Johnson&Johnson entschieden hat, wissend, dass diese verworfen werden könnten, wenn sie keine Zulassung seitens der EU erhalten?*
- *Auf welchen Impftypen bzw. Impfmethoden basieren die zukünftigen Impfstoffe von Johnson&Johnson, CureVAC und Sanofi/ GSK, die auch zukünftig in der DG eingesetzt werden sollen?*

• **Frage Nr. 482 von Frau HUPPERTZ (CSP) an Minister ANTONIADIS zum Haushalt des Zweckverbandes VIVIAS – Abfederung des Defizits durch einen Zuschuss der Deutschsprachige Gemeinschaft**

Das Defizit des Eifeler Gemeinde-Zweckverbandes VIVIAS soll sich im kommenden Jahr auf knapp 1,9 Millionen Euro belaufen.

Im Haushaltsentwurf von VIVIAS konnte allerdings noch nicht die Zuschussgarantie durch die DG für Corona-Hygienemaßnahmen berücksichtigt werden, da die Zusage lediglich mündlich erfolgt sei.

Vor diesem Hintergrund richte ich nachstehende Fragen an die Regierung

- *Ist die schriftliche Zusage dieser Hilfe über rund 683.000 € inzwischen erfolgt?*
- *Falls nein, warum nicht?*
- *Ist dieser Betrag im DG-Haushalt enthalten?*

• **Frage Nr. 483 von Frau HUPPERTZ (CSP) an Minister ANTONIADIS zu Angeboten im Bereich Logopädie in der Deutschsprachigen Gemeinschaft**

Durch Logopädie werden Störungen in den Bereichen Stimme, Sprache, Hören, Lesen, Schreiben, Rechnen und Schlucken sowie Einschränkungen in den Bereichen Kommunikation, Lernen, Essen und Trinken untersucht und behandelt. Auf diese Weise trägt der Logopäde zur (Wieder-)Integration des Patienten in die Gesellschaft bei.

Neben der Erforschung und Behandlung von Störungen ist der Logopäde auch in den Bereichen Information, Prävention, Coaching und praxisorientierte Forschung tätig.<sup>5</sup>

Hierzu meine Fragen:

- *Gibt es in Ostbelgien eine ausreichende Zahl an Logopäd\*innen, die den Behandlungsbedarf abdecken?*
- *In welchem Maße schränkt die Corona-Covid19-Krise die Leistung der Logopäden bzw. den Therapieerfolg und -fortschritt bei Kindern und Jugendlichen in ostbelgischen Schulen und Therapiezentren ein?*

---

<sup>5</sup> [https://www.ostbelgienlive.be/desktopdefault.aspx/tabid-6198/10664\\_read-58128/](https://www.ostbelgienlive.be/desktopdefault.aspx/tabid-6198/10664_read-58128/)

• **Frage Nr. 484 von Frau HUPPERTZ (CSP) an Minister ANTONIADIS zu Langzeitarbeitslosigkeit infolge von Krankheit**

Im Rahmen einer von mir unter dem gleichen Titel vorgetragenen Interpellation waren sich vor über einem Jahr alle Diskussionsteilnehmer einig, wie wichtig es sei, Langzeitarbeitslose – insbesondere, wenn sie unter einer Krankheit litten – zu begleiten, um sie in den Arbeitsmarkt zurückzuführen.

Damals berief ich mich auf Berichte, die nachwiesen, dass in Ostbelgien rund hundert Personen nicht in den Arbeitsmarkt integriert werden konnten und demzufolge auf einer Warteliste standen, weil das nötige Personal für Begleitmaßnahmen fehlte.

Vor diesem Hintergrund richte ich nachstehende Fragen an die Regierung

- *Um wieviel konnte die Warteliste bei den zu integrierenden Arbeitslosen inzwischen (also sein Dezember 2019) abgebaut werden?*
- *Im Rahmen der Aussprache ging die DG-Regierung u.a. auf ein gescheitertes Projekt ein, das den Titel „gesundes Ostbelgien“ trug. Durch das Projekt sollten präventive Gesundheitsleistungen zugunsten der ostbelgischen Bevölkerung eingerichtet werden. Der Minister kritisierte dabei, dass auf föderaler Ebene zu wenig Verantwortung übernommen worden sei. Dennoch wolle er die wertvolle Vorarbeit nutzen, um das Projekt (Zitat) „in der nächsten Zeit wieder aus der Schublade“ herauszunehmen. Mit welchem Ergebnis ist das inzwischen geschehen?*

• **Frage Nr. 485 von Frau HUPPERTZ (CSP) an Minister ANTONIADIS zu COVID19-Testzentren in Ostbelgien**

Schnelltests zur Feststellung einer Corona-Infektion ergänzen die Teststrategie Belgiens. Darauf haben sich für das Gesundheitswesen zuständigen belgischen Minister in einer interministeriellen Konferenz geeinigt. Minister Antoniadis (SP) warnte allerdings Anfang November der Presse gegenüber vor Schnellschüssen bei den Schnelltests.<sup>6</sup> Dennoch wird die Teststrategie, ähnlich wie im Nachbarland Deutschland, ein zweites Mal erweitert. Durch den Einsatz von Schnelltests sollen Erstdiagnosen zügiger erfolgen.

Der Presse gegenüber zeigte sich der Minister zuversichtlich, dass der Einsatz von sog. Anti-Gen-Tests im Schulbetrieb oder am Arbeitsplatz nützlich sein können: „Ihr Nutzen für die Wohn- und Pflegezentren muss vertieft werden. Ich möchte, dass gerade in unseren Pflegeeinrichtungen sowie den Behindertenwohnheimen verlässliche Verfahren zum Einsatz kommen. Hier haben wir es mit besonders gefährdeten Zielgruppen zu tun“, so der Minister.

Für die Einrichtungen in der DG sollen nun eigene Strategien entwickelt werden. Bereits im November wollte die Regierung über den Einsatz in Schulen und der Kinderbetreuung beraten.

Hierzu meine Fragen:

- *In welchem Maße setzt sich die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft für die Einrichtung von Testzentren in Ostbelgien ein?*
- *Wie greift die durch den Minister angesprochene Teststrategie etwa in den Seniorenheimen, den Schulen oder in der Kinderbetreuung?*

---

<sup>6</sup> <https://ostbelgiendirekt.be/foederale-teststrategie-erweitert-266252>

• **Frage Nr. 486 von Frau HUPPERTZ (CSP) an Minister ANTONIADIS zum „Masterplan Eifel“ für Krankenhaus und Seniorenheim in St. Vith**

Der sog. „Masterplan-Eifel“ für den Ausbau und Neubau des St. Vith Krankenhaus und des Seniorenheimes ist laut Presseangaben immer noch aktuell.<sup>7</sup>

Der Investitionsbedarf werde von keinem in Zweifel gezogen, erklärten die beiden Vorsitzenden des Gemeinde-Zweckverbandes VIVIAS. Es bestehe Bedarf, und insbesondere die Reservierungsliste sei dabei ein Hauptargument, wobei genau diese Wartelisten auch schon Ende 2019 thematisiert wurden.<sup>8</sup>

Vor diesem Hintergrund richte ich nachstehende Fragen an die Regierung

- *Wann ist mit dem Baubeginn und der Fertigstellung des Projektes zu rechnen?*
- *Den Bedarf eines neuen Wohn- und Pflegeheimes rechtfertigten die VIVIAS-Verantwortlichen durch die bestehenden Reservierungslisten. Wie umfangreich ist diese Liste?*
- *Wie viele zusätzliche Plätze werden eingerichtet?*

• **Frage Nr. 487 von Frau STIEL (VIVANT) an Minister ANTONIADIS zu zunehmenden Beschwerden über Kieferschmerzen**

Seit dem Ausbruch der Corona-Krise hat sich die Zahl der Patienten mit Kieferschmerzen verdoppelt. Das melden unisono Het Nieuwsblad (26.12.2020)<sup>9</sup>, die VRT (26.12.2020)<sup>10</sup>, sowie Ostbelgien Direkt (28.12.2020)<sup>11</sup>.

Laut Fachleuten sind diese Kieferprobleme hauptsächlich auf Stress und die falsche Benutzung der Masken zurückzuführen.

Die tägliche Benutzung der Maske kann Probleme mit dem Kiefergelenk, dem Gelenk, das den Unterkiefer und den Schädelknochen verbindet, vergrößern. Zusätzlich kann sich der ständige Corona-Stress ebenfalls im Kiefer "festbeißen".

Die Liste der negativen Eigenschaften und Folgen der Maske wird folglich immer länger.

Hierzu lauten meine Fragen:

- *Konnten Sie ebenfalls einen eklatanten Anstieg der Patienten mit Kieferschmerzen für die Deutschsprachige Gemeinschaft verzeichnen ?*
- *Sind Ihnen weitere Schäden durch das Tragen eines Mund Nasen Schutzes bekannt?*

• **Frage Nr. 488 von Frau KEVER (SP) an Minister ANTONIADIS zum Gesundheitsförderungskonzept des Ministeriums**

Gesundheit ist des Menschen höchstes Gut. Diese Volksweisheit ist weitreichend bekannt und durch die Corona-Krise wohl aktueller denn je. Dabei geht es nicht nur darum, Gesundheit wieder kurativ wiederherzustellen, sondern sie in erster Linie einmal darum, sie präventiv zu erhalten.

<sup>7</sup> Zuletzt: Grenzecho, 31.12.2020, S. 9

<sup>8</sup> <https://www.grenzecho.net/27710/artikel/2019-12-17/vivias-pladiert-fur-duale-ausbildung-zum-pflegehelfer>

<sup>9</sup> Het Nieuwsblad - kinesisten zien verdubbeling van kaakklachten door mondmaskers - [https://www.nieuwsblad.be/cnt/dmf20201225\\_96056013](https://www.nieuwsblad.be/cnt/dmf20201225_96056013)

<sup>10</sup> VRT - Zunahme der Beschwerden über Kieferschmerzen wegen Maske und Corona-Stress - <https://www.vrt.be/vrtnws/de/2020/12/26/zunahme-der-beschwerden-ueber-kieferschmerzen-wegen-maske-und-co/>

<sup>11</sup> OD - In Belgien mehr Beschwerden über Kieferschmerzen wegen Maskenpflicht - <https://ostbelgiendirekt.be/mehr-beschwerden-ueber-kieferschmerzen-271342>

Somit kommt der Gesundheitsprävention und -förderung in unserer Gesellschaft ein ganz besonderer Stellenwert zu.

Die DG hat seit der letzten Legislaturperiode ein neues Gesundheitsförderungskonzept. Darin werden die Schwerpunkte festgelegt, anhand derer die Zielsetzung der Arbeit der Präventionsakteure definiert wird. Darüber hinaus bieten diese Schwerpunkte auch eine Orientierungshilfe für Gemeinden und Vereinigungen, die an der Gesundheitsförderung mitarbeiten wollen. Für diese Akteure gibt es, meinen Informationen zufolge, mögliche, zeitlich begrenzte, Projektförderungen.

Besagtes Gesundheitsförderungskonzept spricht also Akteure über die klassischen Präventions- und Gesundheitsdienstleister hinaus an und schafft Anreize für neue, innovative Projekte.

Diese Erweiterung ist sehr begrüßenswert.

Vor dem Hintergrund des Jahresabschlusses 2020 möchte ich Ihnen folgende Fragen dazu stellen:

- *Wie viele Projekte wurden 2020 eingereicht?*
- *Wie bewertet die Regierung die Projekte und ihre Umsetzung?*
- *Wo sieht die Regierung weiteren Handlungsbedarf?*

• **Frage Nr. 489 von Frau KEVER (SP) an Minister ANTONIADIS zum aktuellen Stand bei der Suche nach Paten- und Pflegefamilien**

Im Herbst 2020 hat der Pflegefamiliendienst der Deutschsprachigen Gemeinschaft erneut einen Aufruf gestartet, um neue Pflege- und Patenfamilien zu finden.

In diesem Aufruf gibt das Ministerium an, dass aktuell 74 Kinder von Pflege- oder Patenfamilien betreut werden.

Während Pflegefamilien vorübergehend oder sogar dauerhaft bei sich aufnehmen, entlasten Patenfamilien eher punktuell; zum Beispiel an den Wochenenden oder in den Ferien.

Diese Aufnahmemöglichkeiten sind umso wichtiger, als dass es unbestreitbar ist, dass gerade in jungen Jahren, als Kind, das Fundament für die spätere Zukunft und Lebensrealität als erwachsener Mensch gelegt wird. Von daher kommt allen Beteiligten in der Jugendhilfe eine wichtige Aufgabe zu und auch die Zeit in der auf bestehende Bedarfe reagiert werden kann, spielt eine ausschlaggebende Rolle. Aus eigener Erfahrung weiß ich sehr gut, welche Herausforderungen mit der Betreuung von Pflegekindern verbunden sind – wohl wissend, dass jedes Kind eigene Bedarfe hat und jede Situation individuell Rechnung getragen werden muss.

Vor einem Jahr hatte ich Sie, Herr Minister, zu dem Stand der Dinge in diesem Zusammenhang befragt und ob es eine Warteliste in diesem Bereich gibt.

Heute sind meine Fragen in diesem Zusammenhang folgende:

- *Haben sich bisher neue potenzielle Kandidaten als Pflege- oder Patenfamilien, auf den Aufruf im Herbst 2020 hin, gemeldet?*
- *Kann der Bedarf nach Pflege- oder Patenfamilienunterbringung zeitnah gedeckt werden oder hat sich inzwischen eine Warteliste für Pflegekinder gebildet?*
- *Plant die Regierung weitere Initiativen, Aktionen oder Maßnahmen, um neue Pflege- und Patenfamilien zu gewinnen?*

• **Frage Nr. 490 von Herrn GROMMES (ProDG) an Minister ANTONIADIS zur Eröffnung der Seniorenresidenz „Leonie“ in Kelmis**

Im Jahr 2016 wurde mit dem Bau der neuen Seniorenresidenz „Leonie“ in Kelmis begonnen. Im Jahr 2020 sollte es dann soweit sein: Im Februar wurde mitgeteilt, dass der Eröffnungstermin für die Residenz am 1. Oktober 2020 geplant sei.<sup>12</sup>

In 2020 sollte aber, aufgrund der weltweiten Corona-Pandemie, vieles anders kommen, als es ursprünglich geplant war.

Und so kann man sagen, dass die Verzögerung der Eröffnung der Residenz Leonie sicherlich auch mit dieser Pandemie zusammenhängt.

Die besonderen Herausforderungen, denen sich die Wohn- und Pflegezentren konfrontiert sahen und sehen, seien an dieser Stelle noch einmal in Erinnerung gerufen.

Mit Blick auf diese Situation hätte in Kelmis kein gelungener Start gewährleistet werden können, der den neuen Bewohnern gerecht gewesen wäre.

Wie steht es aber um die anderen Faktoren, die für eine Eröffnung von Bedeutung sind?

Herr Minister, meine Fragen an Sie lauten daher:

- *Welche Gründe können Sie für die Verzögerung der Eröffnung der Residenz Leonie nennen?*
- *Sind die Räumlichkeiten bezugsfertig?*
- *Und konnte ausreichend Personal angeworben werden, um die Residenz zu eröffnen?*

• **Frage Nr. 491 von Frau JADIN (PFF) an Minister ANTONIADIS zum Thema: Häusliche Gewalt in Zeiten von Corona**

Für einige Menschen stellt das Zuhause keinen sicheren Ort dar. Immer wieder wurde vor mehr häuslicher Gewalt in Zeiten von Corona gewarnt. Die Corona-Maßnahmen und die daraus resultierende soziale Isolation haben nicht nur das mögliche Risiko erhöht, sondern auch die Situation der Menschen verschlimmert, die bereits Opfer von häuslicher oder intrafamiliärer Gewalt waren. Gewalt kann viele Gesichter annehmen, sei es nun physisch, psychisch, sexuell oder emotional.

Innenministerin Annliese Verlinden (CD&V) sprach in ihrer Antwort auf eine schriftliche Frage von unserer Föderalabgeordneten Kattrin Jadin<sup>13</sup> eine Studie der KUL zu den Ursachen, die einem Täter zur häuslichen Gewalt verleiten, an – eine Studie, die die Generaldirektion ‚Sicherheit und Vorbeugung‘ finanziert hat und die als Grundlage diene, um dem Parlament neue politische Empfehlungen vorzuschlagen. Außerdem hob die Ministerin hervor, dass die Generaldirektion im Rahmen des strategischen Sicherheits- und Präventionsplans Subsidien an insgesamt 109 Gemeinden erteilt habe, um Vorbeugungsprojekte gegen verschiedene Probleme zu initiieren. So machten 30 Gemeinden aus der häuslichen Gewalt eine Priorität und entwickelten entsprechende Präventionsprojekte.

Meine Fragen nun an Sie, werter Herr Minister:

---

<sup>12</sup> <https://www.grenzecho.net/30891/artikel/2020-02-10/endspurt-fur-kelmiser-seniorenresidenz-leoni>

<sup>13</sup> Nachzulesen in einem Grenz-Echo Artikel vom 14. Dezember 2020.

- *Haben sich Gemeinden aus der Deutschsprachigen Gemeinschaft an besagter Initiative beteiligt?*
- *Im Rahmen einer aktuellen Frage von April 2020 erwähnten Sie, dass sich die Situation der Opfer durch die Coronakrise laut Prisma inzwischen auch in Ostbelgien bemerkbar mache.*
  - o *Welche Maßnahmen wurden seitdem konkret auf dem Gebiete der DG ergriffen, um dem absehbaren Trend entgegenzuwirken?*
  - o *Inwiefern wurden die bestehenden Präventionsprojekte coronabedingt angepasst?*
- **Frage Nr. 492 von Frau JADIN (PFF) an Minister ANTONIADIS zur psychosozialen Unterstützung der Pflegekräfte in der Deutschsprachigen Gemeinschaft**

Ein Artikel der Tageszeitung La Dernière Heure beleuchtete am 7. Januar 2021 eine von den Kliniken Saint Luc erstellte Studie, die sich unter anderem mit der Psyche des Pflegepersonals und der Ärzte im Rahmen der ersten Welle der Corona-Pandemie befasste.

Eine Erkenntnis der Studie, die von Philippe de Timari, dem Leiter des Psychiatriedienstes der Unikliniken Saint Luc als einmalig in ganz Belgien – wenn nicht sogar weltweit – beschrieben wurde und an der sich rund 500 Krankenpfleger und Mediziner beteiligten, war, dass 30-50 Prozent des Pflegepersonals während der ersten Welle an ihre Schmerzgrenze gerieten und Symptome von einem erhöhten psychosozialen Stress (posttraumatische Belastungsstörungen, Angstzustände, Depressionen...) aufzeigten. Besagte „Welle“ wurde von Seiten der Mitarbeiter des Gesundheitswesens als Tsunami empfunden- man wurde nicht nur den Ängsten und Sorgen der Patienten ausgesetzt, sondern eben auch dem Virus. Als dann zunehmend die ersten Kollegen positiv getestet wurden, wurde das Vertrauen auf eine harte Probe gestellt, die Verwundbarkeit ins Bewusstsein gerückt und die innere Angst verschärft. Bei einigen Pflegekräften traten die Auswirkungen der COVID-19-Pandemie auf die psychische Gesundheit nicht im März oder April, sondern eben verspätet ein. Ferner brachte die Studie ans Licht, dass die Folgen unterschiedlich seien, je nachdem ob die befragte Person auf einer Covid 19 Station tätig sei oder nicht.

Zur psychosozialen Unterstützung des Personals wurde in der Deutschsprachigen Gemeinschaft in Zusammenarbeit mit dem Beratungs- und Therapiezentrum (BTZ) Gruppentherapien angeboten. Außerdem wurde eine Hotline ausschließlich für Pflegekräfte eingerichtet. Die Inanspruchnahme war jedoch nach den ersten 3 Monaten eher bescheiden.

Meine Fragen nun an Sie, werter Herr Minister:

- *Wurde das Angebot im Rahmen der psychosozialen Unterstützung des Personals seit der ersten Welle in der Deutschsprachigen Gemeinschaft ausgebaut?*
- **Frage Nr. 493 von Frau HUPPERTZ (CSP) an Minister ANTONIADIS zu Warnungen vor neuer Corona-Variante**

Viele Virologen aus unterschiedlichen Ländern warnen eindringlich vor einer inzwischen in England und Südafrika bekannten Variante des Corona-Virus.

Wie gefährlich die in Großbritannien und in Südafrika entdeckten Varianten tatsächlich sind, lässt sich noch nicht mit Gewissheit sagen. Die bisher vorliegenden Erkenntnisse deuten darauf hin, dass vor allem die schnellere Übertragbarkeit eine große Gefahr darstellt.

Die vor allem in England verbreitete neue Variante namens B.1.1.7 ist nach heutigem Erkenntnisstand nicht tödlicher als die bisher grassierenden Varianten. Aber sie ist wohl

deutlich ansteckender. Das heißt, dass ein Infizierter im Schnitt mehr Menschen ansteckt als bisher - je nach Untersuchung um etwa 50 bis 70 Prozent.<sup>14</sup>

Dies mag auf den ersten Blick nicht sonderlich dramatisch klingen, aufgrund des exponentiellen Wachstums droht jedoch in kürzester Zeit eine völlig neue Dimension der Ausbreitung.

Die Gefahr durch die neue Virusvariante werde "nicht ernst genommen", warnte die Virologin Isabella Eckerle<sup>15</sup>. "Es wird wieder abgewartet bis es zu spät ist, und wieder die Stimme der Wissenschaft ignoriert."<sup>16</sup>

Vor diesem Hintergrund richte ich nachstehende Fragen an die Regierung

- *In welchem Maße ist unser Land auf diese Virusvariante vorbereitet?*
- *Wie beugt die DG einer eventuellen Krankheitswelle vor?*

• **Frage Nr. 494 von Frau VOSS-WERDING (ECOLO) an Minister ANTONIADIS zur „ADeL“-Miet- und Umzugsbeihilfe<sup>17</sup>**

Seit dem 1. Januar 2020 ist die Deutschsprachige Gemeinschaft für das öffentliche und private Wohnungswesen und diverse Wohn- und Energieprämien und Miet- und Umzugsbeihilfen sowie die damit einhergehenden Beratungen zuständig. Es gibt hier beispielsweise die sogenannte ADeL-Beihilfe: "allocation de déménagement et de loyer".

Die Umzugs- und Mietbeihilfen sind eine finanzielle Beihilfe, die an die Wohnung gekoppelt sind und die man erhalten kann, wenn man sich in einer der drei folgenden Situationen befindet:

- Man muss eine Wohnung verlassen, die als unbewohnbar oder überbelegt anerkannt wurde, um in eine gesundheitlich zuträgliche Wohnung zu ziehen.
- Man ist beeinträchtigt oder hat ein beeinträchtigtes Kind zu Lasten und muss eine unangepasste Wohnung verlassen, um in eine gesundheitlich zuträgliche und angepasste Wohnung zu ziehen.
- Im Fall von Obdachlosigkeit, wenn man Mieter einer gesundheitlich zuträglichen Wohnung wird.

In den Genuss der Beihilfen können Menschen über 18 oder emanzipierte Minderjährige kommen, die weder Eigentümer noch Nutznießer einer Wohnung sind oder werden.

Herr Minister, hierzu möchte ich Ihnen folgende Fragen stellen, da ich bei meinen Recherchen dazu bisher keine eindeutige Antwort finden konnte:

- *Was passiert im Falle eines Umzugs aus Gründen, die als Kriterium für die Zusage einer ADeL-Beihilfe gelten, wenn der Betroffene aus einer Wohnung in der DG in eine andere Gemeinschaft innerhalb Belgiens umzieht?*
- *Gibt es klare Absprachen zwischen den verschiedenen Gliedstaaten, die diese Fälle regeln?*
- *Wissen die Sachbearbeiter in den ÖSHZ des Landes, wie sie diese Umzüge zwischen zwei Gemeinschaften für ihre Klienten regeln können?*

<sup>14</sup> Welche Folgen eine 50 Prozent ansteckendere Variante hätte, rechnete Adam Kucharski, Professor an der London School of Hygiene and Tropical Medicine, vor. Der Spezialist für mathematische Analysen und Epidemien stellte den Vergleich mit der bisherigen Coronavirus-Variante an: Bei 10.000 aktiven Infizierten muss man innerhalb eines Monats mit 129 Toten rechnen (bei einem R-Wert von 1,1, einer Inkubationszeit von sechs Tagen und einer Tötungsrate von 0,8 Prozent). Eine 50 Prozent ansteckendere Variante würde die Zahl der Toten innerhalb eines Monats auf 978 katapultieren.

<sup>15</sup> Isabella Eckerle ist eine deutsche Virologin und außerordentliche Professorin. Seit 2018 leitet sie die Abteilung Infektionskrankheiten in der Abteilung für medizinische Fachgebiete an den Universitätskliniken in Genf

<sup>16</sup> <https://www.tagesschau.de/faktenfinder/faktenfinder-corona-mutationen-101.html>

<sup>17</sup> Der Inhalt der Frage bezieht sich auf Informationen von ostbelgienlive.be

• **Frage Nr. 495 von Frau VOSS-WERDING (ECOLO) an Minister ANTONIADIS zur Baunorm in der DG**

Ab dem 1. Januar 2021 müssen in der Wallonie alle neuen Gebäude dem Q-ZEN-Standard entsprechen, d. h. einem Energieverbrauch von nahezu Null. Dies ergibt sich durch die Richtlinie 2010/31/EU des europäischen Parlaments und des Rates vom 19. Mai 2010 über die Gesamtenergieeffizienz von Gebäuden. Sie schreibt vor, dass nach dem 31. Dezember 2020 alle neuen Gebäude nahezu Nullenergiegebäude sein müssen: nZEB (Nearly Zero Energy Building) = Q-ZEN

Die Klimakrise erfordert Antworten aus allen Teilen der Gesellschaft. Heute ist Energieeffizienz nach wie vor der wirtschaftlichste und rationellste Weg, um die Treibhausgasemissionen zu reduzieren, die für die globale Erwärmung mitverantwortlich sind.

In der Resolution vom 18. Mai 2020 bezüglich der Klimaschutzdringlichkeitserklärung forderte das Parlament die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft auf, den integrierten Energie- und Klimaplan für die Deutschsprachige Gemeinschaft im Rahmen ihrer Zuständigkeiten umzusetzen und so zur Senkung der CO<sub>2</sub>-Emissionen auf dem Gebiet der Deutschsprachigen Gemeinschaft um mindestens 40 % bis 2030 und 100% bis 2050 beizutragen.

Gebäude sind da keine Ausnahme. Da Gebäude für fast 40 % der CO<sub>2</sub>-Emissionen verantwortlich sind, stehen sie im Mittelpunkt der Klimaproblematik. Sie sind also eine Priorität in den Herausforderungen.

Herr Minister, in Anbetracht dieser Tatsachen möchte ich Ihnen folgende Fragen stellen:

- *Wohl wissend, dass diese neue Standards in der Wallonie ab dem 1/1/21 in Kraft treten, wo möchte die DG in Sachen Energieeffizienz hin?*
- *Welche Maßnahmen werden in der DG ergriffen, um die Energieeffizienz der Gebäude zu verbessern und somit die CO<sub>2</sub>-Emissionen auf dem Gebiet der DG zu mindern?*
- *Welche Mittel möchten Sie für diese Politik vorsehen?*